

Belgien, Niederlande, Luxemburg

WICHARD WOYKE

Belgien

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP), die Kommunalwahlen als auch die Kabinettsumbildung waren 1994 von entscheidender Bedeutung für die belgische Politik. Neue politische Konstellationen im Innern sowie eine verstärkte Auseinandersetzung über die zukünftige Gestaltung der Europäischen Union (EU) waren die prägnantesten Auswirkungen der obigen Ereignisse.

Europawahlen

Bei den Wahlen zum EP in Belgien konnten sowohl in Flandern als auch in Wallonien die rechtsradikalen Parteien Stimmen gewinnen. In Flandern gelang es dem Vlaams Blok mit 12,6%, seinen Anteil an Wählerstimmen nahezu zu verdoppeln, während in Wallonien die rechtsradikalen Gruppen „Front National“ und „Agir“, ihr Ergebnis von 2% auf fast 10% steigern konnten¹. Die in der Opposition stehenden Liberalen konnten ebenfalls ihren Anteil von 23% auf 27% erhöhen, während die Regierungsparteien – Sozialisten und Christdemokraten – deutliche Einbußen hinnehmen mußten. Besonders stark waren die Verluste für die Sozialisten in Wallonien. Dort fielen sie, u. a. aufgrund zahlreicher Affären, um fast zehn Punkte zurück. Auch die Christdemokraten mußten in Wallonien deutliche Einbußen hinnehmen². Von den insgesamt 25 belgischen Mandaten gingen jeweils sieben an Sozialisten und Christliche Demokraten, sechs an die Liberalen, jeweils zwei an die Grünen und an den Vlaams Blok sowie ein Mandat an die radikale Sprachenpartei Volksunie.

Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament

Parteien	Anteil in %		Sitze	
	1994	1989	1994	1989
Sozialisten	22,4	27,9	6	8
Christdemokraten	24,3	29,9	7	7
Liberale	20,4	17,8	6	4
Grüne	16,0	19,3	3	4
Rechte	11,4	4,1	3	1

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus verschiedenen Tageszeitungen.

Kommunalwahlen

Im Oktober 1994 fanden in Belgien Kommunalwahlen statt, die mit deutlichen Stimmengewinnen für rechtskonservative und ausländerfeindliche Parteienformationen endeten. Besondere Aufmerksamkeit fand dabei der Wahlausgang in der Hauptstadt Flanderns, Antwerpen, der Kulturhauptstadt Europas 1993, in der der radikale Vlaams Blok seinen Anteil um 10 Punkte auf 28% steigern konnte. Die Sozialisten verloren acht Punkte und verfügen nur noch über 20%. Eine gegen den Vlaams Blok gegründete Allianz aus CVP und Volksunie konnte lediglich etwas mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils bei den letzten Kommunalwahlen erzielen³. Auch in den übrigen Landesteilen verbuchte der Vlaams Blok deutliche Zugewinne⁴. In Wallonien und in Brüssel gewann der ebenfalls radikale „Front National“, der sich an dem französischen „Front National“ orientiert, deutlich an Stimmen. Die Sozialisten, die sich durch verschiedene Korruptionsaffären in der Defensive befanden, mußten zum Teil erhebliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Die Kommunalwahlen erfuhren auch eine über das Land hinausgehende Bedeutung, da sie nach den großen Zugewinnen der Radikalen bei den Europawahlen auch ein Indikator für die 1995 stattfindenden Parlamentswahlen sind und signalisieren, inwieweit sich Belgien dem rechten Radikalismus nähert.

Kabinettsumbildungen – Ursachen und Auswirkungen

Vorgesehen war, daß der belgische Premierminister Dehaene Nachfolger von Kommissionspräsident Delors wird; jedoch sprachen sich einige Mitgliedstaaten gegen diesen vom französischen Staatspräsidenten Mitterrand und von Bundeskanzler Kohl vorgebrachten Wunsch aus⁵, so daß mit dem luxemburgischen Premierminister Santer ein Kompromißkandidat gekürt wurde. Premierminister Dehaene nahm daher den Ausgang der Kommunalwahlen zum Anlaß für eine Kabinettsumbildung. Zum Nachfolger von Außenminister Willy Claes, der im Herbst 1994 dem verstorbenen NATO-Generalsekretär Manfred Wörner nachfolgte, wurde der erst 38jährige Präsident der flämischen Sozialisten, Frank Vandenbrouke, gekürt. Neuer Innenminister wurde der Genter Professor der Rechte, Johann Vande Lanotte, da der bisherige Innenminister zum Bürgermeister von Löwen gewählt wurde⁶. Außenminister Vandenbrouke konnte das Amt nur ein knappes halbes Jahr ausüben, da im Zusammenhang mit dem Spenden-skandal um die Sozialistische Partei dem öffentlichen Druck nachgegeben werden mußte. Neuer Außenminister wurde der bisherige Staatssekretär für Entwicklungshilfe, Erik Deryke⁷. Vandenbrouke war damit der erste flämische Politiker, der der Schmiergeldaffäre zum Opfer fiel, nachdem im Januar 1994 bereits drei wallonische Spitzenpolitiker wegen der Agusta-Affäre zurücktreten mußten. Diese Affäre gründet sich auf den Verdacht, daß 1989 führende sozialistische Politiker im Gegenzug für eine Parteispende einen Hubschrauberantrag an die Rüstungsfirma Agusta vergeben haben sollen, obwohl die Angebote anderer Her-

steller günstiger waren⁸. Somit trat Ende 1994/Anfang 1995 eine gewisse Lähmung in der belgischen Außenpolitik ein. Der Elan, mit dem die belgische Präsidentschaft 1993 den Integrationsprozeß voranbrachte, war verfliegen.

Die zukünftige Struktur der Union

Wie auch in anderen Mitgliedsländern beherrschte die zukünftige Ausgestaltung der EU die politische Diskussion in Belgien. Dabei stehen sich zwei Standpunkte gegenüber: Auf der einen Seite ist die belgische Regierung bestrebt, keine „Verwässerung“ der Union, also einen Rückfall in eine Freihandelszone, zulassen⁹; auf der anderen Seite spricht man sich für die Erweiterung der Union, gerade auch um die ost- und mitteleuropäischen Staaten, aus.

Ministerpräsident Dehaene stellte sich weitgehend hinter das Konzept der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das sogenannte Schäuble/Lamers-Papier, vom Spätsommer 1994, in dem ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten favorisiert wird. Allerdings hielt der Ministerpräsident die Debatte über ein Kerneuropa für verfrüht. Kritik äußerte Dehaene in erster Linie am Zeitpunkt der Veröffentlichung des Papiers: „Deutschland wäre gut beraten gewesen, das Ergebnis der Volksbefragungen in Finnland, Schweden und Norwegen abzuwarten. Außerdem muß zunächst der Vertrag von Maastricht voll umgesetzt werden, ehe neue Pläne geschmiedet werden können“¹⁰. Ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten sollte nach Auffassung des belgischen Regierungschefs kein Selbstzweck, sondern nur die letzte Zuflucht zur Wahrung der Integrationsdynamik sein¹¹. Dehaene wandte sich dagegen, daß die langsamsten und am wenigsten ambitionierten Mitgliedstaaten den übrigen ihren Willen aufzwingen. Diejenigen, die im Integrationsprozeß weiter fortschreiten wollten, sollten dies ohne Behinderung tun können. Nach Auffassung Dehaenes müsse der Schlüssel für ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten in der Hand der Kommission liegen. Hinsichtlich der Regierungskonferenz meldeten die belgischen Vertreter Wünsche in bezug auf größere Kompetenzen für die Union an. So setzte sich Außenminister Vandenbrouke besonders für eine kohärente Außenpolitik sowie für eine Verstärkung der Rolle der Union in den Bereichen Steuern, Soziales und Umwelt ein¹². Ministerpräsident Dehaene machte sich vor allem für Fortschritte in der Sozialunion stark und mahnte in der Sozialpolitik einen Konvergenzplan, ähnlich dem der Währungsunion, an¹³.

Niederlande

Wahlen dominieren

Innerhalb eines Jahres, zwischen März 1994 und März 1995, wurden die niederländischen Wähler viermal zu den Urnen gerufen. Dabei waren die Wahlen zur Zweiten Kammer sowie die Wahlen zum EP die für die Europapolitik bedeut-

samsten Entscheidungen. Bereits die Kommunalwahlen vom März 1994 deuteten an, daß sich in der niederländischen Innenpolitik ein Wandel vollziehen sollte, der insbesondere die Rolle des Christen Demokratischen Appel (CDA), dem 1980 erfolgte Zusammenschluß der drei konfessionellen Parteien KVP, ARP und CHU, betreffen sollte. Der CDA verlor im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1990 elf Prozentpunkte und lag damit nur noch bei 25,2%¹⁴. Auch die sozialdemokratische Partei PvdA mußte zweistellige Verluste hinnehmen und konnte nur noch 20,2% erreichen¹⁵. Die in diesen Kommunalwahlen angedeuteten strukturellen Veränderungen des niederländischen Parteiensystems¹⁶ sollten sich bei den Wahlen zur Zweiten Kammer am 3. Mai noch stärker niederschlagen. Die Wahlen brachten den größten politischen Erdbeben seit der Einführung des parlamentarischen Systems¹⁷. Bei einer Wahlbeteiligung von 78,3% lautete das Wahlergebnis wie folgt:

Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament

Partei	Stimmen in %	Mandate	Veränderung
Partei der Arbeit (PvdA)	24,0	37	-12
Christdemokraten (CDA)	22,2	34	-20
Rechtsliberale (VVD)	19,9	31	+9
Demokraten '66 (D'66)	15,5	24	+12
Senioren-Parteien	4,5	7	+7
Grün-Links	3,5	5	-1
Zentrumsdemokraten (CD)	2,5	3	+2
Reformatrischer Polit. Bund (RPF)	1,8	3	+2
Strengreformierte Partei (SGP)	1,7	2	-1
Reformierter Politischer Verbund	1,3	2	0
Sozialistische Partei (SP)	1,3	2	+2
Übrige	1,8	0	0

Quelle: Archiv der Gegenwart v. 3. 5. 1994, S. 38930.

Die regierenden Christdemokraten verloren ein Drittel ihrer Wähler. So mußten sie von den bislang 54 Sitzen 20 abgeben. Zum ersten Mal seit 1982 wurden die Christdemokraten von den Sozialdemokraten überflügelt, obwohl diese auch die größten Verluste in ihrer Geschichte hinnehmen mußten. Noch nie hat eine Partei solch einen Zuwachs an Sitzen erhalten wie die D'66. Schließlich gewannen die Rechtsliberalen (VVD) neun Mandate hinzu und erreichten damit ihr zweitbestes Ergebnis¹⁸. Für dieses erdbebentartige Ergebnis sind mehrere Gründe verantwortlich. So ist es z. B. der regierenden großen Koalition nicht gelungen, die Wähler von ihrer Kompetenz, insbesondere in den Problembereichen Arbeitslosigkeit, soziale Sicherheit, Wohnen und Asyl, zu überzeugen¹⁹. Hinzu kamen interne Auseinandersetzungen im CDA, die in erster Linie zwischen dem schei-

denden Premierminister Lubbers und seinem präsidenten Nachfolger Brinkman ausgetragen wurden²⁰. Die Wahl im Mai stellt den Abschluß der politischen „Entsäulung“ der niederländischen Gesellschaft dar. Zum ersten Mal unterstützt nur noch eine Minderheit der Wähler die traditionellen „Säulenparteien“ CDA und PvdA; die konfessionellen Parteien (CDA, SGP, GPV, RPF) besetzen erstmals weniger als ein Drittel der Parlamentssitze und können somit keine Verfassungsänderung mehr verhindern. Gleichzeitig gab ein Drittel der Wähler den entsäulten liberalen Parteien ihre Stimme. Auch das unterschiedliche altersspezifische Wahlverhalten läßt vermuten, daß diese Entwicklung in der niederländischen Parteienlandschaft irreversibel ist.

Die nur sechs Wochen später abgehaltenen Wahlen zum EP konnten zwar in etwa das ursprüngliche Parteiensystem bestätigen, jedoch trug die niedrigste Wahlbeteiligung aller EU-Staaten von 35,6% dazu bei, daß das Wahlergebnis ungefähr früheren Ergebnissen entsprach. CDA (zehn Sitze) und PvdA (acht Sitze) behielten ihre jeweiligen Mandate, während die VVD ihren Anteil von drei auf sechs, die D'66 von ein auf vier erhöhen konnten. Die Calvinisten gewannen ein Mandat hinzu, während die Grünen ein Mandat abgeben mußten²¹.

Doch die Wahlen zu den Provinzparlamenten im März 1995 setzten den Strukturwandel im Parteiensystem fort. Die rechtsliberale VVD wurde mit 27,2% stärkste Partei vor dem CDA mit 22,9% sowie dem PvdA mit 17,1%. Die D'66 büßte ebenfalls Stimmen ein und kam nur auf 9,2%²². Die Wahl zu den Provinzparlamenten hat insofern landesweite Bedeutung, da die neuen Provinzialabgeordneten im Mai 1995 die Zusammensetzung der 75 Mitglieder zählenden Ersten Parlamentskammer bestimmen werden.

Die neue Regierung Kok – Kontinuität in der Europapolitik

Nach 111 Tagen sehr schwieriger Koalitionsverhandlungen gelang es im August 1994, eine Regierung aus der sozialdemokratischen PvdA, der rechtsliberalen VVD und der linksliberalen D'66 zu bilden. Entsprechend den Parteifarben wurde diese Koalition als „rot-blaue“ bzw. „lila Koalition“ bezeichnet. Ministerpräsident wurde der PvdA-Vorsitzende Wim Kok, zum Außenminister wurde der D'66-Fraktionsvorsitzende Hans van Mierlo ernannt. Mit dem Verteidigungsministerium übernahm der rechtsliberale Jooris Verhoeve eine weitere europapolitisch bedeutsame Position²³. In seiner Regierungserklärung kündigte der Premierminister neue Akzente an, die sich auf die Neudefinition der internationalen Position der Niederlande bezogen. In der Europapolitik stellte Kok jedoch die Kontinuität heraus, wengleich auffällt, daß der Premierminister auf eine intensivere Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten abhob. Das Debakel um die Bewerbung Lubbers für den Präsidentenposten der EU-Kommission offenbarte die strukturellen Defizite der niederländischen Außenpolitik. Zu lange war das Verhältnis zu den direkten Nachbarn oft von Sprachlosigkeit, Überempfindlichkeiten und unterschiedlichen Aversionen geprägt gewesen. Die Erkenntnis, daß die USA und Groß-

britannien weiter von Europa abrücken, stärkten die neue Regierung in ihrer Absicht, die bereits vom früheren Außenminister Kooijmans eingeleitete Wende in der Außenpolitik fortzuführen und stärker auf die europäische Karte zu setzen²⁴.

Hinsichtlich des Erweiterungsprozesses verfolgen die Niederlande eine Strategie des „ja, aber“. Die Regierung favorisiert zwar prinzipiell eine Osterweiterung der EU, will jedoch dafür folgende Kriterien anlegen: „1. eine differenzierte Integration muß mit den Zielsetzungen des Unionsvertrages vereinbar sein; 2. jeder Mitgliedstaat muß die Freiheit haben, sich anzuschließen, wenn er die Erfordernisse des Weges zu einer schnelleren Integration erfüllen kann; 3. eine differenzierte Integration darf nicht die Rechtsordnung der Gemeinschaft gefährden und den Zusammenhalt des Binnenmarktes grundsätzlich nicht beeinträchtigen; 4. Mitgliedstaaten, die aus eigenem Antrieb auf eine Beteiligung verzichten, dürfen sich nicht gegen die Bildung einer Spitzengruppe wehren, wenn diese den oben genannten Kriterien entspricht“²⁵. Es ist nicht verwunderlich, daß die Niederlande gerade auf die Erfüllung des dritten Kriteriums größten Wert legen, besitzen sie doch mit einer Exportquote von mehr als drei Viertel in den Binnenmarkt das größte Interesse an seinem weiteren Funktionieren.

Der deutsche Nachbar – ein nach wie vor schwieriges Verhältnis

Nachdem in den Niederlanden die deutsche Wiedervereinigung eher kritisch gesehen wurde²⁶, unternahm man 1994/95 den Versuch, das Verhältnis zum übergroßen Nachbarn zu verbessern. Politiker wie auch Intellektuelle waren bemüht, das gestörte Verhältnis auf eine realistischere Basis zu stellen. So wurde den Niederländern deutlich, daß man in einer besonders starken ökonomischen Abhängigkeit zum deutschen Nachbarn steht, stellt doch Deutschland den „Binnenmarkt im Binnenmarkt“ für die Niederlande dar. Nicht von ungefähr erklärte der Auslandsexperte der linksliberalen D'66, van den Bos: „Wir müssen die neue Rolle Deutschlands akzeptieren und hart an uns arbeiten, um die tief sitzenden antideutschen Gefühle zu vertreiben“²⁷. Gemeinsame Gedenkveranstaltungen mit deutschen Politikern, ähnlich den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Kriegsendes in Paris, London, Moskau und Berlin, waren in den Niederlanden unerwünscht.

Über diese innenpolitische Diskussion hinaus wurde das niederländisch-deutsche Verhältnis durch eine unglückliche Personalentscheidung auf europäischer Ebene belastet, für die dem deutschen Bundeskanzler die Verantwortung zugesprochen wurde. Zusammen mit Frankreichs Präsident Mitterrand hatte sich Kohl für den belgischen Premierminister Dehaene und nicht für den niederländischen Premierminister Lubbers, der offiziell seine Kandidatur für dieses Amt nach dem Ausscheiden als Premierminister erklärt hatte²⁸, ausgesprochen. Die deutsche Ablehnung von Lubbers und die Befürwortung von Dehaene wurden in den Niederlanden teilweise als Affront verstanden. Doch aufgrund des Widerstandes anderer Mitgliedstaaten, die ein deutsch-französisches Führungsduo ablehnten, konnte der Personalvorschlag Dehaene nicht durchgesetzt werden.

Luxemburg

Luxemburgs Europapolitik zeigte 1994 personellen Wandel und sachliche Kontinuität auf. Kurz nachdem Jacques Santer die Parlamentswahlen erneut gewonnen hatte, wurde der bisherige Premierminister zum neuen EU-Kommissionspräsidenten vorgeschlagen. Am 21. Juli 1994 bestätigte das EP den Vorschlag des Europäischen Rates und wählte Jacques Santer mit 260 gegen 238 Stimmen bei 23 Enthaltungen zum neuen Kommissionspräsidenten²⁹. Nachfolger Santers wurde der erst 40jährige Jean-Claude Juncker, der bisherige Arbeits- und Finanzminister, der als ein Bilderbuch-Christdemokrat gilt³⁰. Juncker wehrte sich in seiner Funktion als Finanzminister bereits während der deutschen Präsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 1994 hartnäckig gegen den deutsch-französischen Versuch, eine unionsweite Quellensteuer einzuführen, würde sie doch eine der wichtigsten Existenzgrundlagen des Großherzogtums in Frage stellen.

Luxemburg nahm auch 1994/95 seine traditionelle Mediatorenfunktion im europäischen Integrationsprozeß wahr³¹. Hinsichtlich der zukünftigen Rolle Luxemburgs erklärte der neue Premierminister: „Ein kleines Land wird auf Dauer jeden Kredit verspielen, wenn es sich nicht zu Wort meldet, um zu sagen, was es will. Wir wollen versuchen, wieder Anschluß zu finden an die große diplomatische Tradition der Luxemburger in den Anfangsjahren der Europäischen Union, wo wir sehr oft ehrliche Makler zwischen den großen Mitgliedstaaten sein konnten³². Außenminister Poos mahnte mehrfach die Handlungsfähigkeit der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik an, insbesondere in bezug auf die Rolle der EU auf dem Balkan³³. Auch hinsichtlich der Erweiterung verfolgte das Großherzogtum eine Strategie, die gerade den Visegrád-Staaten nicht die Hoffnung nehmen dürfte, auf mittelfristige Sicht Mitglied der Union zu werden. Der luxemburgische Außenminister regte einen Beitritt der ost- und mitteleuropäischen Staaten à la carte an, d. h. daß neue Mitgliedstaaten in einzelnen Bereichen, wie z. B. der Sicherheitspolitik Mitglied werden könnten, dafür aber in anderen Bereichen, wie der Wirtschafts- und Währungspolitik noch außen vor bleiben müßten³⁴. Poos wandte sich deutlich gegen den von der CDU/CSU-Fraktion vorgelegten Plan eines Kerneuropas.

Europawahl und Kammerwahl

Im Juni 1994 fanden zeitgleich die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung wie auch zum EP statt. Dabei gab es kaum Veränderungen. Bei den Kammerwahlen verloren sowohl die Christlich-Soziale Volkspartei (CSV) von Premierminister Santer als auch die Luxemburgische Arbeiterpartei (LSAP) von Außenminister Poos. Sie sind jetzt mit 21 bzw. 17 Sitzen in der Abgeordnetenversammlung vertreten und bilden weiterhin die Regierung. Die Liberalen haben wie bisher 12 Sitze, während die Grünen und die Seniorenpartei ADR jeweils ein Mandat hinzugewannen und nun über jeweils 5 Mandate verfügen³⁵.

Bei den Europawahlen konnten die Sozialdemokraten leichte Stimmengewinne erzielen, behielten jedoch ihre zwei Mandate. Dagegen verloren die Christlich Sozialen 3,3 Prozentpunkte und stellen somit in der 4. Wahlperiode des EP von ursprünglich drei Abgeordneten nur noch zwei. Liberale und Grüne sind mit jeweils einem Abgeordneten im EP vertreten, wobei die Grünen erstmals über einen Sitz im Straßburger Parlament verfügen³⁶.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Archiv der Gegenwart (AdG) v. 12. 6. 1994, S. 39024.
- 2 Ebd.
- 3 Vgl. AdG v. 10. 10. 1994, S. 39378.
- 4 Vgl. ebd.
- 5 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 29. 6. 1994.
- 6 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 12. 10. 1994.
- 7 Vgl. SZ v. 23. 3. 1995.
- 8 Vgl. ebd.
- 9 So der nur knapp 6 Monate amtierende Außenminister Vandenbrouke, vgl. Vereinigte Wirtschaftsdienste (vwd) v. 28. 10. 1994.
- 10 In vwd-Europa v. 12. 9. 1994.
- 11 Vgl. vwd v. 28. 10. 1994.
- 12 Vgl. vwd v. 28. 10. 1994.
- 13 Vgl. Europe No. 6347 v. 29. 10. 1994.
- 14 Vgl. AdG v. 2. 3. 1994, S. 38723.
- 15 Vgl. ebd.
- 16 Vgl. Heygendorff, Peter von: Politisches Erdbeben für die Regierung Lubbers, in: Das Parlament v. 18. 3. 1994.
- 17 Vgl. D'66 en VVD grote winnars, in: NRC/Handelsblad v. 4. 5. 1994.
- 18 Vgl. NRC/Handelsblad v. 4. 5. 1994 sowie Elsevier v. 7. 5. 1994, S. 10f.
- 19 Vgl. Heygendorff, Peter von: Die Farbe Lila am politischen Horizont, in: Das Parlament v. 27. 5. 1994 und 3. 6. 1994.
- 20 Vgl. Schmid, Klaus-Peter: Zum Abschied ein Denkzettel – Herbe Wahlniederlage für Hollands Christdemokraten, in: Die Zeit v. 6. 3. 1994.
- 21 Vgl. AdG v. 12. 6. 1994, S. 39024.
- 22 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10. 3. 1995.
- 23 Vgl. AdG v. 22. 8. 1994, S. 39241.
- 24 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 4. 10. 1994.
- 25 Bericht der niederländischen Regierung „Erweiterung der Europäischen Union“ an die Generalstaaten v. 15. 11. 1994, S. 27.
- 26 Vgl. Woyke, Wichard: Belgien, Niederlande, Luxemburg, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, Bonn 1991, S. 293 f.
- 27 SZ v. 22. 7. 1994.
- 28 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 6. 5. 1994.
- 29 Vgl. AdG v. 15. 7. 1994, S. 39129.
- 30 Vgl. SZ v. 30. 1. 1995.
- 31 Vgl. das Interview von Premierminister Juncker, in: Die Zeit v. 17. 3. 1995.
- 32 Ebd.
- 33 So in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 28. 11. 1994.
- 34 Vgl. Interview von Außenminister Poos mit dem Deutschlandfunk am 6. 9. 1994.
- 35 Vgl. AdG v. 12. 6. 1994, S. 39024.
- 36 Vgl. ebd. und FAZ v. 14. 6. 1994.

Weiterführende Literatur

- Claes, Willy: Europe as unfinished symphony, in: The World Today 3 (1994), S. 45–49.
- Dehaene, Jean-Luc: L'Europe remise sur rails, in: Studia Diplomatica 2 (1994), S. 3–15.
- Derycke, Erik: De Belgische Ontwikkelings-samenwerking, in: Studia Diplomatica 1 (1993), S. 37–48.
- Kooijmans, P.H.: Belgie en Nederland: Meer Don Goede Buren, in: Studia Diplomatica 1 (1994), S. 25–36.